

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

1.1 Auszuführende Leistungen

Inhalt dieser Ausschreibung sind Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten in der „Hammersbecker Straße“, in dem Abschnitt zwischen „Borchshöher Straße“ und „Dobbheide“. Der gesamte Streckenabschnitt ist ca. 550 m lang.

Insgesamt umfasst die Maßnahme ca. 3300 m² Erneuerung des Fahrbahnbelages, 1100 m Erneuerung der Fahrbahnrinne, 590 m Straßenbord sowie ca. 2300 m² vollflächige Erneuerung der Beläge in den Nebenanlagen. Dabei sind unterschiedliche Steinformen und -stärken zu verbauen.

Hierzu sind im Fahrbahnbereich die Deck- und Binderschicht vollflächig auszubauen und neu herzustellen. Die Fahrbahnmarkierungen, in Form einer unterbrochenen Mittellinie, Geh- und Radwegfurten und Haltelinien in den Einmündungsbereichen sowie Sperrlinien an der Mittelinsel, sind abschließend neu herzustellen.

Entlang der Fahrbahn sind beidseitig die gesamte Rinnenanlage erneuert. Hierzu ist diese dreireihig mit Betonrechtecksteine neu anzulegen und es sind die Oberseiten der Entwässerungseinläufe, bei Bedarf auch entsprechende Betonteile, auszutauschen.

An einem Straßenablauf wurde ein Defekt in der Grundleitung festgestellt, der im Zuge der Maßnahme behoben werden soll. Dazu ist die Leitung auszutauschen.

Des Weiteren wird der Straßenbord in Fahrtrichtung „Dobbheide“ neu angelegt, in dem die vorhandenen Naturborde ausgebaut und neue Betonborde neu gesetzt werden. In der Gegenrichtung sind lediglich schadhafte Borde zu tauschen. Hierfür werden vor Ort ausgebaut Granitborde wiederverwendet.

Die vorhandene Nebenanlage in Fahrtrichtung Dobbheide besteht aus wechselnden Belägen (Klinker, Betonwerksteine, Platten, Kleinpflaster, Asphalt). Diese sind vollflächig aufzunehmen und einheitlich neu anzulegen. Dabei sind taktile Elemente zwischen Geh- und Radweg (Kleinpflaster vierreihig) sowie bei Doppelüberfahrten (Kleinpflaster dreireihig an den Grundstücksgrenzen) herzustellen, einschließlich Fugenverguss.

Der vorhandene Schutzstreifen in Kleinpflasterbauweise wird durch Betonformsteine (Rechteckpflaster) ersetzt. Das ausgebaut Material wird für die taktilen Elemente in den Nebenanlagen wiederverwendet.

Die im Kreuzungsbereich „Borchshöher Straße“/„Hammersbecker Straße“ befindliche Mittelinsel soll ebenso überarbeitet werden. Hierbei soll der alte Belag, bestehend aus Kleinpflaster und Platten, vollflächig gegen Betonrechtecksteine ausgetauscht werden.

Die Maßnahme soll, unter zur Hilfenahme von Vollsperrungen, abschnittsweise durchgeführt werden. Die Planung des Auftraggebers (im Fortlaufenden „AG“ genannt) sieht dabei folgende Abschnitte vor:

- von „Borchshöher Straße“ bis Höhe Gehweg zur „Gärdesstraße“ (BA I; ca. 210 m Länge);
- von Höhe Gehweg zur „Gärdesstraße“ bis Einmündung „Middenmang“ (BA II; ca. 170 m Länge) sowie
- von Einmündung „Middenmang“ bis zur Kreuzung „Dobbheide“ (BA III; ca. 170 m Länge).

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

Der AG hat im Vorlauf die vorhandenen Baustoffe auf Schadstoffbelastung untersuchen lassen und es wurden keine Belastungen festgestellt. Die detaillierten Ergebnisse hierzu, sind den anliegenden Untersuchungsberichten zu entnehmen.

Des Weiteren wurden das Leitungssystem für die Straßenentwässerung voruntersucht.

1.3 Ausgeführte Leistungen

entfällt

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

entfällt

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2. Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Die „Hammersbecker Straße“ befindet sich im Stadtteil Vegesack in Bremen Nord und erstreckt sich von der „Borchshöher Straße“ im Osten bis „Wohldstraße“ im Westen. Der betreffende Bauabschnitt befindet sich zwischen der „Borchshöher Straße“ und den Straßen „Dobbheide“/„Aumunder Feldstraße“ (siehe Lageplan1).

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die „Hammersbecker Straße“ beginnt östlich an der „Borchshöher Straße“. Hierüber kann die südlich gelegene Umfahrung des Bauabschnittes via „Martinsheide“ erreicht werden. Die „Aumunder Feldstraße“ stellt dann die südliche Abfahrt dar und bietet die Anbindung an die BAB A270 (Anschlussstelle „Bremen Vegesack-Mitte“), Fahrtrichtung BAB A27. Über die Abzweigung „Am Rabenfeld“ kann die Anschlussstelle „Vegesack-Mitte“ der BAB A270/B74n in Richtung Norden erreicht werden.

In Richtung Westen kann im Fortlauf der „Hammersbecker Straße“ die „Meinert-Löffler-Straße“ erreicht werden. Hierüber und über die Straße „Am Rabenfeld“ besteht die Möglichkeit die Anschlussstelle „Bremen Vegesack-Mitte“ der BAB A270/B74n zu erreichen.

In nördlicher Richtung bestehen mit den Straßen „Dobbheide“, „Meinert-Löffler-Straße“ und „Borchshöher Straße“ weitere Anbindungen an das weiterführende Straßennetz.

Es bestehen ansonsten keine Anbindungen an Verkehrswege über Schiene und Wasser.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Die Zufahrten zur Baustelle erfolgen über das örtliche Straßennetz (siehe 2.2).

Die nächstgelegene Deponie befindet sich in Bremen Blockland (Fahrwiesendamm 100, 28219 Bremen), ca. 24 km südöstlich an der Anschlussstelle Bremen-Überseestadt (BAB A27).

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Der AG stellt im Rahmen dieses Vertrages keine Anschlussmöglichkeiten zur Verfügung. Für alle vertraglich zu erbringenden Leistungen kann der Auftragnehmer (im Fortlaufenden „AN“ genannt) in Eigenverantwortung Anschlussmöglichkeiten klären und auf eigene Kosten herstellen (z. B. Standrohr für Frischwasserentnahme).

Die anfallenden Kosten, sind in die jeweiligen Positionen des Leistungsverzeichnisses einzukalkulieren und werden darüber hinaus nicht gesondert vergütet.

Siehe Anlagen (AzB)

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Lager- und Arbeitsplätze können lediglich im geplanten Baustellenbereich eingerichtet werden. Hierzu können ggbs. die Längsaustellflächen (Parkbuchten) an der Fahrbahn einbezogen werden.

Ansonsten stellt der AG im Bereich der Baustelle keine gesonderten Lager- und Arbeitsplätze zur Verfügung. Sieht der AN den Bedarf hierfür, obliegt es ihm, diese zu beschaffen, zu betreiben und zu unterhalten. Es erfolgt hierfür keine gesonderte Vergütung. Anfallende Kosten sind in die jeweiligen Positionen einzukalkulieren.

Materialien, die durch den AG zur Verfügung gestellt werden, lagern in der Senator-Apelt-Straße 3-5, in 28197 Bremen-Neustadt. Dies ist bei der Kalkulation und Disposition des Bauablaufes zu berücksichtigen. Die Öffnungszeiten des Lagers sind rechtzeitig mit dem AG abzustimmen.

Siehe Anlagen (AzB)

2.6 Gewässer

entfällt

2.7 Baugrundverhältnisse

Entfällt

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Die Verwertung von Aufbruch und Abbruchmaterialien, hat nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen.

Auf Umweltschutzbestimmungen bei der Beseitigung von Abfällen wird hingewiesen.

Eine mögliche Wiederverwendung bzw. Recycling von Ausbaumaterialien wird zur Schonung der Neumaterialien empfohlen.

2.9 Schutz-Bereiche und –Objekte

Die Leistungserbringung erstreckt sich auf Anlagen im öffentlichen Verkehrsraum, die für die Dauer der Ausführung dem öffentlichen Verkehr entzogen werden. Negative Einflüsse auf Verkehrsteilnehmer in angrenzenden Verkehrsflächen sind zu vermeiden.

Eine Verschmutzung jeglicher Art von angrenzenden Grundstücken, Anlagen und Bebauungen ist, soweit möglich, zu vermeiden.

Bauliche Anlagen, Messpunkte, Leitungen und Anlagen Dritter, sind vor Beschädigungen jeglicher Art durch geeignete Maßnahmen zu schützen.

Vorhandener Bewuchs, einschließlich Baumwurzeln, sind entsprechend der gesetzlichen Vorschriften zu schonen bzw. zu schützen. Alle Eingriffe in die Vegetation, sind vorab mit den Eigentümern abzustimmen. Im Bereich der öffentlichen Flächen ist hierzu der Umweltbetrieb Bremen (ubb) zu involvieren. Für Anpflanzungen auf Anliegergrundstücken ist die Abstimmung mit dem jeweiligen Eigentümer vorzunehmen.

Alle Sicherungsmaßnahmen zum Schutz von Bereichen und Objekten sind in die entsprechenden Positionen mit einzukalkulieren und werden, wenn nichts anderes vorab vereinbart, nicht gesondert vergütet.

Siehe Anlagen (AzB)

2.10 Anlagen im Baubereich

Im Straßenbaukörper sind für gewöhnlich zahlreiche Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt.

Vor Beginn von Arbeiten im Erdreich, sind die Leitungsträger zu kontaktieren und entsprechende Leitungspläne zu beschaffen. Vor Beginn von Grabungsarbeiten, sind geeignete Suchschachtungen anzulegen. Es gelten die entsprechenden einschlägigen Vorschriften und Richtlinien.

Es ist auf die Einhaltung von Sicherheitsabständen und Sicherungsmaßnahmen, gemäß den geltenden Vorschriften, zu achten.

Für evtl. Schäden, auch gegenüber Dritten, haftet allein der AN.

Sollten bei einer vorab durchzuführenden Baustellenbegehung noch Forderungen von Leitungsbehörden gestellt werden, sind diese in den Bauablauf einzubeziehen.

Entlang des geplanten Baufeldes grenzen private Grundstücke an. Es bestehen diverse Grundstückseinfriedungen (Zäune, Mauern, Hecken etc.), an die direkt angebaut werden soll.

In den Nebenanlagen befinden sich zahlreiche Einbauten, wie Verkehrszeichen, Verteilerkästen und Schächte für Ver- und Entsorgungsleitungen.

Anfallende Kosten für Schutzmaßnahmen etc. werden nicht gesondert vergütet und sind in die jeweiligen Positionen einzurechnen.

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Die zu bearbeitenden Flächen werden sämtlichen Verkehren für die Dauer der Ausführung entzogen. Dies soll nach Planung des AG abschnittsweise erfolgen.

Der Geh- und Radfahrverkehr beider Richtungsverkehre wird auf den Nebenanlagen Fahrtrichtung „Borchshöher Straße“ abgewickelt. Die Nutzbarkeit dieser, muss für die Dauer der Ausführung gewährleistet sein.

In den angrenzenden Bereichen wird der öffentliche Verkehr weiter aufrechterhalten. Hierbei wird es sich vorrangig um Anlieger- und Lieferverkehre handeln.

3. Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Der Fahrbahnbereich der „Hammersbecker Straße“ wird für die Durchführung der Maßnahme abschnittsweise voll gesperrt. Die geplante Umleitung für die motorisierten Verkehre erfolgt über die Straßen „Borchshöher Straße“, „Martinsheide“ und „Aumunder Feldstraße“ und entgegen. (siehe Verkehrszeichenkonzept des AG).

Die Nebenanlage in Fahrtrichtung „Dobbheide“ wird ebenfalls in Abschnitten den entsprechenden Verkehren entzogen. Diesen werden die Nebenanlagen der Gegenrichtung als Ausweichstrecke angeboten. Die Bauabschnitte in den Nebenanlagen sind so anzulegen, dass die fußläufige Erreichbarkeit der Grundstücke gewährt werden kann, bzw. die Einschränkungen für Anwohner und Besucher minimiert werden. Hier ist der Regelplan „BII 2 modf.“ anzuwenden.

Es ist das vom AG erstellte Verkehrszeichenkonzept anzuwenden.

Die Kontrollen der Verkehrssicherung sind einmal täglich durchzuführen und umfassen die Sicherung der Arbeitsstelle sowie der Umleitungsstrecke.

Fällige Sonn- Feiertags- und Nachtzuschläge für die Kontrollen, werden nicht gesondert vergütet und sind in die jeweiligen Positionen einzukalkulieren.

Für die Sicherung der Arbeitsstelle ist der AN verantwortlich.

Der Antrag zur Sicherung einer Arbeitsstelle, ist gemäß den beigefügten Anlagen „Verkehrskonzept“ und den entsprechenden Verkehrszeichenplänen rechtzeitig zu beantragen.

Die Vergütung erfolgt entsprechend den jeweiligen Leistungspositionen.

Im Zusammenhang mit der Verkehrsplanung des AN sind folgende Leistungen ohne zusätzliche Vergütung zu erbringen:

- Konzeptionelle Verkehrsplanung zur Baustellenentwicklung einschließlich Erstellung einer Umleitungsbeschilderung
- Vereinbarung von Abstimmungsterminen mit Vertretern der verkehrsanordnenden Behörde – Amt für Straßen und Verkehr (Abt. 3), dem Polizeirevier, der Feuerwehr, den Vertretern des AG, u. a.
- Antragstellung und Einreichen der Anträge für eine verkehrsbehördliche Anordnung bei den jeweiligen Verkehrsbehörden unter Beachtung der Bearbeitungszeiten von bis zu drei Kalenderwochen.
- Vorhalten sämtlicher Absperrmaterialien und Hinweisschilder bis zum Abschluss der Baumaßnahme.

Bei jedem Antrag auf Sicherung einer Baustelle, ist ein verantwortlicher Bauleiter von der beauftragten Baufirma zu benennen. Der benannte Bauleiter trägt bis zum

Abschluss der jeweiligen Baumaßnahme die Verantwortung über die Verkehrssicherungsmaßnahmen.

Alle Ansprüche aus mangelhafter Beschilderung, sind vom AN zu vertreten.

Siehe Anlage (AzB)

3.2 Bauablauf

Vor Aufnahme jeglicher Bautätigkeiten, hat der AN alle betroffenen Anlieger frühzeitig über das Vorhaben und den damit verbundenen Einschränkungen zu informieren (Anwohnerinformation, wird vom AG zur Verfügung gestellt). Der AG wird zudem im Vorfeld eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlichen lassen.

Die Baumaßnahme soll abschnittsweise erfolgen (siehe Pkt. 1.1), um die Einschränkung der Erreichbarkeit privater Grundstücke möglichst gering zu halten und der Nebenstraße „Middenmang“ jederzeit gewährleisten zu können.

Nach dem Ausbau des alten Straßenbelages (Asphalt), sind die Rinnen, die Oberteile der Entwässerungsabläufe, ggffs. die Betonteile der Abläufe auszubauen und anschließend wieder fachgerecht herzustellen. Gleichmaßen sind die Arbeiten an den Borden in diesem Arbeitsschritt vorzunehmen. In Fahrtrichtung „Dobbeide“ erfolgt dies auf voller Länge, in der Gegenrichtung nur bei schadhaften Bauelementen.

Im Einmündungsbereich von der „Borchshöher Straße“ befindet sich eine Mittelinsel. Diese wird mit überarbeitet. Die Fläche aus Kleinpflaster und Plattenbelag wird hierzu ausgebaut und gegen Betonformsteine (Rechteckpflaster) ausgetauscht. Das Kleinpflaster verbleibt vor Ort und wird für die taktilen Elemente in den Nebenanlagen wiederverwendet. Die umlaufende Rinne an der Mittelinsel (zweireihig aus Rechtecksteinen) wird abgebrochen und ist, als Scheinrinne einreihig aus Betonwürfelsteinen, wieder herzustellen.

Nach Abschluss dieser Tätigkeiten ist der fachgerechte Wiedereinbau des Asphaltes in der Fahrbahn vorzunehmen (Binder- und Deckschicht). Dieser ist auf der gesamten Fahrbahnbreite von ca. 5,35 m maschinell einzubauen. Abschließend sind sämtliche Fahrbahnmarkierungen gemäß Betriebsplan neu herzustellen.

Die Arbeiten an den Nebenanlagen sollen ebenfalls in Abschnitten erfolgen, um die Einschränkungen für Anlieger möglichst gering zu halten.

Zunächst sind die alten Beläge aufzunehmen, einschließlich des Unterbaues. Diese sind verschieden und bestehen sowohl aus Klinker, Platten, Kleinpflaster, Asphalt und Betonwerksteinen unterschiedlicher Dimensionen. Das vorhandene Kleinpflaster des Schutzstreifens ist zu reinigen und verbleibt für die Herstellung der taktilen Elemente vor Ort.

Nach Herstellung entsprechender Einfassungen, kann der Unterbau hergestellt werden. Abschließend werden die neuen Beläge eingebaut. Für den Gehwegbereich sind Betonplatten und im Radwegbereich Betonwerksteine (Rechteckpflaster) zu verwenden.

Im Bereich des Schutzstreifens an der Fahrbahn wird das ursprüngliche Kleinpflaster dabei durch Betonwerksteine (Rechteckpflaster) ersetzt. Zwischen Geh-

und Radweg ist beim Wiederaufbau ein durchlaufender, taktiler Streifen aus Kleinpflaster zu errichten (4-reihig). Im Bereich der Doppelüberfahrten sind an den Grundstücksgrenzen ebenfalls taktile Elemente einzubauen. Diese bestehen aus vierreihigem Kleinpflaster. Die Fugen der taktilen Elemente sind abschließend mit bitumenhaltigem Material zu vergießen.

Sämtliche Überfahrten werden fachgerecht mit Betonsteinen 25x25x10 cm im Gehwegbereich und Betonrechtecksteinen (10 cm Stärke) im Radwegbereich mit entsprechendem Unterbau hergestellt.

Der genaue Bauablauf ist durch den AN zu organisieren und zu koordinieren. Besonderes Augenmerk ist dabei darauf zu richten, dass die Verkehrsbeeinträchtigungen oder sonstige negative Auswirkungen auf Anlieger zu minimieren sind. Gleichzeitig ist eine Optimierung des Bauablaufes dahingehend anzustreben, die Bauzeit möglichst kurz zu halten.

3.3 Wasserhaltung

Entfällt

3.4 Baubehelfe

entfällt

3.5 Stoffe, Bauteile

Es sind nur zugelassene Baustoffe und System in Abstimmung mit dem AG zu verbauen.

Siehe Anlagen (AzB)

3.6 Abfälle

Anfallende/ausgebaute Stoffe sind nach Möglichkeit der Verwertung zuzuführen.

Reststoffe, die nicht verwerten werden dürfen, sind fachgerecht zu entsorgen.

3.7 Winterbau

entfällt

3.8 Beweissicherung

Vor Aufnahme jeglicher Bauaktivitäten ist eine gemeinsame Zustandsfeststellung im Rahmen der Beweissicherung durchzuführen.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

entfällt

3.10 Belastungsannahmen

entfällt

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Für die Abrechnung der Arbeiten werden verschiedene Aufmaßverfahren angewandt. Es gelten jedoch immer die entsprechenden Regelwerke.

Für alle Leistungslohnpositionen ist eine Erfassung der Mengen, Größen und Massen erforderlich.

Für die Leistungserbringung angewiesener Stundenlohnarbeiten, sind die entsprechenden Ausführungszeiträume zu erfassen. Dies kann auf den vom AN zur Verfügung gestellten Tagelohnnachweisen erfolgen.

Die Abrechnung sämtlicher Leistungen erfolgt auf Grundlage eines gemeinsamen Aufmaßes, wenn nichts anderes vereinbart wurde.

Für Leistungen, deren Abrechnung nach Gewicht bzw. LKW-Aufmaß erfolgt, sind vom AG anerkannte Wiege- und Fuhrscheine Abrechnungsgrundlage. Hierzu sind die Originale, sofort nach Lieferung oder Abfuhr, der örtlichen Bauüberwachung zu übergeben.

Werden digitale Vermessungsverfahren angewendet, so sind die Ergebnisse in einem solchen Format zu liefern, dass diese mit herkömmlichen digitalen Büroanwendungen gelesen/geprüft werden können. Hierzu ist im Voraus eine Abstimmung mit dem AG vorzunehmen.

Die Schlussrechnungen sind als Original mit zwei Durchschriften wie nachfolgend vorzulegen:

- 2 Rechnungen (getrennt für Land Bremen und Land Niedersachsen)
- Massenermittlung
- Lieferscheine
- Prüfzeugnisse
- Abrechnungsunterlagen
- Aufmaße
- Bautagebuch

Tagesberichte

Der AN ist verpflichtet, Tagesberichte zu führen und täglich an den AG zu übergeben. Die Tagesberichte müssen die Angaben enthalten, die für die Ausführung oder Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, z. B. über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, über die wesentlichen Ausführungsfortschritte (Beginn und Ende der Bauleistungen größeren Umfangs oder dergleichen), bestimmte Arten der Ausführung oder Unterbrechungen der Arbeitszeit mit Angabe der Gründe, Unfälle, Behinderungen und sonstige Vorkommnisse.

Siehe Anlage (AzB)

3.12 Prüfungen und Nachweise

Der AN hat, gemäß den geltenden Vorschriften, seine Bautätigkeiten im Rahmen der Eigenüberwachung zu kontrollieren. Die Nachweise hierfür, sind auf Verlangen dem AG vorzulegen.

Siehe Anlagen (AzB)

3.12.1 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (Sige-Plan)

entfällt

4. Ausführungsunterlagen

4.1.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Ausführungsunterlagen

- Hammersbecker Straße Lageplan 1
- Betriebsplan
- Verkehrskonzept des AG mit Verkehrszeichenplan für die Bauabschnitte BA I bis BA III, Umleitungsplan und Regelplan für die Verkehrssicherung in den Nebenanlagen
- Analyse zur Schadstoffbelastung der vorhandenen Materialien

(siehe Anlagen)

4.1.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

entfällt

5. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

RSA 21

AzB HB 2024